

Frank Kuschel
Montag, 6. Oktober 2008

**Beitrag für „Die neue Linke WAK“
Die „kalte“ Enteignung droht!**

Die Anlieger der Adam-Opel-Straße in Eisenach verstehen die Welt nicht mehr, sind erbost und haben aber auch Existenzängste. Viele von ihnen sind Kleingärtner oder Eigentümer von Wiesen ohne Baulichkeiten. Nun haben sie vor wenigen Tagen Straßenausbaubeitragsbescheide der Stadt Eisenach erhalten. Die meisten Anliegen sollen innerhalb von drei Monaten mehrere Tausend Euro bezahlen. Insgesamt will die Stadt von den Anliegern rund 1,5 Millionen EUR für den Ausbau der Opel-Straße einkassieren, jetzt wo die Bauarbeiten laufen, zunächst 60 Prozent, nach der Fertigstellung den Rest. Selbst die Pächter von Kleingärten sind betroffen, können doch 50 Prozent der Beiträge auf sie umgelegt werden.

Dass die Straße nunmehr ausgebaut wird, war keinesfalls eine Forderung der Anlieger. Für die An- und Abfahrt zu den Kleingärten und den Wiesen ist der jetzige Ausbauzustand der Straße völlig ausreichend. Vom grundhaften Straßenausbau der Opel-Straße profitieren nur wenige. Zum einen die Opelwerke Eisenach, führt doch die Straße zum Haupteingang des Werkes. Der Opelwerksverkehr hat der Straße in den letzten Jahren auch sichtbar zugesetzt. Zum anderen gibt es in unmittelbarer Nachbarschaft zum Opelwerk noch andere Unternehmen und ein Großhandel. Erstaunt sind die Anlieger, dass sich die Opelwerke aber nicht an den Ausbaurkosten unmittelbar beteiligen müssen, angeblich, weil sie keine Anlieger sind. Wer jedoch der Opelstraße entlangfährt, kommt unweigerlich an einem Schild mit der Aufschrift „Betriebsgelände der Opel AG – betreten verboten!“ vorbei. Würden die Opelwerke für den Straßenausbau in gleicher Weise herangezogen wie die Kleingärtner, wäre die Belastung pro Quadratmeter wahrscheinlich nur halb so hoch.

Insbesondere die Kleingärtner befürchten, dass die Stadt sie über die hohen Straßenausbaubeiträge „kalt“ enteignen will. Schon hat die Stadt Kaufinteresse signalisiert und auch ein Bebauungsplan, der anstelle der Kleingärten Gewerbe- und Industrieflächen vorsieht, ist beschlossene Sache.

Doch so leicht wollen sich die Kleingärtner nicht vertreiben lassen. Sie bilden zur Zeit eine Bürgerinitiative und wollen sich gegen die Stadt zur Wehr setzen. Im Landtag und im Stadtrat haben die Kleingärtner um Hilfe nachgesucht. Bisher ist aber nur die LINKE bereit, die Kleingärtner beim Kampf um ihre Gärten zu unterstützen. Frank Kuschel, kommunalpolitischer Sprecher der LINKEN im Landtag, ist überzeugt, dass die Stadt Eisenach gegenüber den Kleingärtnern zu unrecht mit Straßenausbaubeiträgen droht. Kleingärten sind besonders geschützt, weshalb zum Beispiel Erschließungsbeiträge solange nicht gezahlt werden müssen, wie eine Nutzung als Kleingärten erfolgt. Was für Erschließungsbeiträge gilt, muss auch für Straßenausbaubeiträge gelten, ist Kuschel überzeugt. Doch die Stadt sieht das anders. Sie braucht das Geld der Kleingärtner. Eisenach ist finanziell angeschlagen, gerade auch weil man an der unsinnigen Kreisfreiheit, die im Jahr rund 6 Millionen EUR kostet, festhält. Während Eisenach hoch verschuldet ist, ist der umliegende Wartburgkreis zwischenzeitlich schuldenfrei. Karin Mai, die Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Eisenacher Stadtrat, wird nicht müde, diese Zahlen zu thematisieren. Die Vorgänge an der Adam – Opel – Straße machen zum wiederholten Male deutlich, dass in Eisenach die Bürger die Zeche für die Kreisfreiheit zahlen müssen. Zurecht fordert sie, dass mit einer solchen Politik nun endlich Schluss sein muss. Im Stadtrat wird die LINKE weiterhin dafür streiten, dass die Kleingärten an

der Opel-Straße erhalten bleiben und die Straßenausbaubeiträge solange nicht gezahlt werden müssen, wie die kleingärtnerische Nutzung erfolgt. Die Kosten für den Straßenausbau müssen die tragen, die davon den größten Nutzen haben. Dazu zählen auch die Opelwerke. Und wenn die Straße eine Maßnahme der Wirtschaftsförderung sein soll, sind das Land und die Stadt in der Finanzierungspflicht, nicht aber die Kleingärtner.

Frank Kuschel